

Textliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

Stellplätze

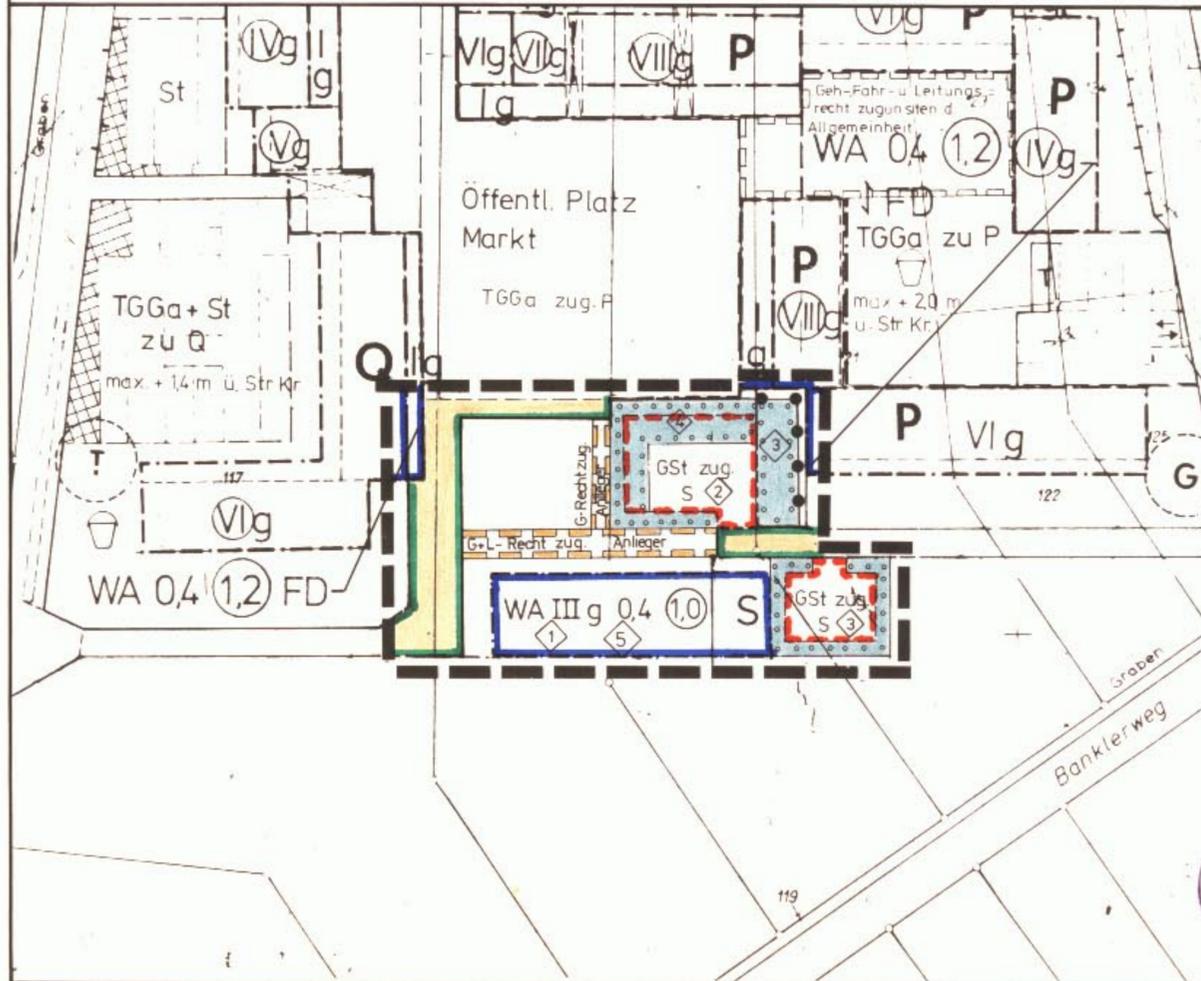
- 1. Im WA-Gebiet sind Stellplätze nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen und auf den für Stellplätze festgesetzten Flächen gemäß § 12 (6) BauNVO zulässig.
- 2. Die Höhe der Stellplatzanlage wird gemäß § 9 Abs. 2 BauGB zwischen 0,8 und 1,0 m unter dem bestehenden Gelände festgesetzt.

Anpflanzungen

- 3. Auf den umgrenzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 Abs. 1 (25) a BauGB sind standortgerechte, einheimische Hochstamm-Laubbäume, Sträucher sowie Rasen zu pflanzen, zu pflegen und ggf. nachzubessern.
- 4. Die Stellplatzfläche ist an der West- und Nordseite mit Kletter-, Rank- und Schlingpflanzen (Pergola-Konstruktion) raumwirksam einzugrünen und zu überstellen.

Maß der Nutzung

- 5. Gem. § 21 a (2) BauNVO sind Flächenanteile an außerhalb des Baugrundstücks festgesetzten Gemeinschaftsanlagen der Grundstücksfläche i.S.d. § 19 (3) BauNVO hinzuzurechnen.



ZEICHENERKLÄRUNG

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) bis (3) und (7) BauGB

--- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches § 9 (7) BauGB

Art und Maß der baulichen Nutzung (Die Zahlenwerte sind Beispiele) § 9 (1) BauGB

WA Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO

II zwingend } Zahl der Vollgeschosse
II Höchstgrenze } § 16 (2) und § 17 (4) BauNVO

II-III Mindestgrenze- }
Höchstgrenze } BauNVO

0,4 Grundflächenzahl } §§ 16 (2), 17 (1) und (2) BauNVO

0,8 Geschößflächenzahl } §§ 16 (2), 17 (1) und (2) BauNVO

--- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung z.B. § 1 (4) § 16 (5) BauNVO

Bauweise, Baulinie, Baugrenze, Stellung der baulichen Anlagen § 9 (1) 2 BauGB

g geschlossene Bauweise § 22 (1) BauNVO

--- Baugrenze

◇ textl. Festsetzung Nr. z.B. 2

Verkehrsflächen § 9 (1) 11 BauGB

■ Straßenverkehrsflächen § 9 (1) 11 BauGB

— Straßenbegrenzungslinie
Die Straßenbegrenzungslinie erfüllt, wenn sie mit Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt

--- Mit Geh- (G) Fahrrechten (F)

--- Leitungsrechten (L) zu belastende Flächen (Beurteilung siehe Einschrieb. § 9 (1) 21 BauGB)

Maßnahmen, sowie Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 (1) 20 und 25 BauGB

■ Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) 25a BauGB

Flächen für Stellplätze und Garagen und für Gemeinschaftsanlagen § 9 (1) 4 BauGB § 9 (1) 22 BauGB

■ Umgrenzung von Flächen für Stellplätze und Garagen § 9 (1) 4 BauGB
St Stellplatz

■ Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen § 9 (1) 22 BauGB
GSt Gemeinschaftsteilplätze

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 30.07.1981. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Hamm, 20.07.1989



Seydich

Ltd. Städt. Vermessungsdirektor

Dieser Bebauungsplan besteht aus einem Blatt Zeichnung

Hamm, 20.07.1989

Der Oberstadtdirektor

I.A.



Möller

Ltd. Städt. Baudirektor

Für den Entwurf:

Hamm, 20.07.1989



Braun

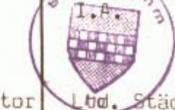
Stadtdirektor

Möller

Ltd. Städt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat am 30.08.1989 gem. § 10 BauGB die planungsrechtlichen Festsetzungen der 2. (vereinfachten) Änderung entsprechend § 13 BauGB als Satzung beschlossen.

Hamm, 05.09.1989



Möller

Ltd. Städt. Baudirektor

Stadt Hamm

Gemarkung Hamm

Flur 5

Maßstab 1:1000

Bebauungsplan Nr. 06.008

Nordenstiftsweg

2. (vereinfachte) Änderung

Rechtsgrundlagen:

§ 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1984 (GV.NW.S.475 / SGV.NW.2023) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253) - in der gegenwärtig geltenden Fassung - in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

§ 81 (1) u. (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (Landesbauordnung BauONW) vom 26. Juni 1984 (GV.NW.S.419/SGV.NW.232) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Planzeichenverordnung vom 30. Juli 1981 (BGBl. I S. 833)

Diese Satzung der Stadt Hamm vom 25. September 1989 ist am Tage der ortsüblichen Bekanntmachung der Durchführung des Anzeigeverfahrens in Kraft getreten am 28. September 1989